

FAQ: BerlinZusammen – Wer in Berlin lebt, gehört zu Berlin

Was ist das Problem?

Viele Menschen, die in Berlin leben, können sich nicht regulär anmelden. Das betrifft unter anderem Wohnungslose, Menschen in prekären Wohnverhältnissen, Geflüchtete, Migrant*innen und Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Ohne Anmeldung ist der Zugang zu vielen alltäglichen Leistungen und Angeboten erheblich erschwert.

Warum ist eine Anmeldung so wichtig?

Eine fehlende Anmeldung kann eine ganze Kette von Problemen auslösen: Schwierigkeiten bei Bankkonto, Arbeit, Sozialleistungen, Wohnen, Bildung, Gesundheit und vielen Angeboten des täglichen Lebens.

Was wird konkret gefordert?

Berlin soll allen Menschen, die hier leben, eine **praktische Möglichkeit zur Anerkennung ihrer Zugehörigkeit zur Stadt** geben. Zentral sind dafür:

- eine **Berliner Stadtkarte (Berlin City Card)**,
- eine **Gesundheitskarte für Menschen ohne regulären Krankenversicherungsschutz**,
- eine **unabhängige Clearing- und Beratungsstelle**,
- bessere Information und Schulung von Behörden.

Was ist die Berliner Stadtkarte?

Die Stadtkarte soll kostenlos für alle Berliner*innen ab sechs Jahren erhältlich sein – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Sie enthält beispielsweise Name, Geburtsdatum, Foto und eine postalische Erreichbarkeitsadresse, aber **keinen Aufenthaltsstatus**.

Sie ist **kein Personalausweis und kein Aufenthaltstitel**. Sie soll vor allem den Zugang zu städtischen Angeboten und Verwaltungsleistungen erleichtern.

Was bringt die Stadtkarte konkret?

Sie könnte unter anderem die Anmeldung von Kindern an Schulen und Kitas erleichtern und den Zugang zu Bibliotheken, Volkshochschulen, Notunterkünften, Frauenhäusern und weiteren Angeboten ermöglichen. Gleichzeitig kann sie Zugehörigkeit und Teilhabe stärken.

Legalisiert die Stadtkarte den Aufenthalt?

Nein. Die Stadtkarte schafft keinen neuen Aufenthaltsstatus und schützt nicht vor aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen. Sie verbessert lediglich den Zugang zu bestehenden Rechten und städtischen Angeboten.

Warum brauchen wir eine Gesundheitskarte?

Menschen ohne regulären Krankenversicherungsschutz müssen heute häufig über ein aufwendiges Parallelsystem medizinisch versorgt werden. Eine elektronische Gesundheitskarte könnte den direkten Zugang zu Ärzt*innen ermöglichen und gleichzeitig Verwaltungskosten reduzieren.

Nach einem von Kron et al erstellten Modellrechnung könnte eine solche Karte Berlin **mindestens 278.000 Euro pro Jahr** günstiger kommen als das bisherige System.
<https://www.eh-berlin.de/meldungen/detail/berlin-city-card-gutachten-zeigt-chancen-und-grenzen-einer-stadtkarte-fuer-mehr-teilhabe>

Was ist eine Clearingstelle?

Eine unabhängige, zentrale Beratungsstelle soll Menschen in sozialen Notlagen bei Fragen zu Gesundheit, Wohnen, Bildung, Aufenthalt und weiteren Problemen unterstützen. Sie könnte außerdem bei der Ausgabe der Stadtkarte mitwirken.

Warum profitieren nicht nur Menschen ohne Aufenthaltsstatus?

Die Stadtkarte soll **allen Berliner*innen** offenstehen. Dadurch wird verhindert, dass Menschen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus stigmatisiert oder als besondere Gruppe erkennbar werden. Gleichzeitig kann die Karte für viele Menschen praktische Verwaltungswege vereinfachen.

Kann Berlin die Stadtkarte selbst einführen?

Ja. Laut dem Gutachten von Kron et al. kann Berlin eine solche Stadtkarte auf Grundlage eigener Landeskompentenzen per Gesetz einführen. Sie ersetzt weder den Personalausweis noch einen Aufenthaltstitel und greift nicht in das Aufenthaltsrecht des Bundes ein.

Kann Berlin das kommunale Wahlrecht für alle Einwohner*innen einführen?

Nein, nicht allein. Ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige kann Berlin nach der im Text dargestellten Rechtslage nicht eigenständig einführen. Dafür wäre eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich. Die Stadtkarte ist davon rechtlich unabhängig.

Gibt es Beispiele für so eine Stadtkarte?

Ja. Vergleichbare kommunale Modelle gibt es unter anderem in **New York, Paris, Barcelona, Zürich und Bern**. Sie zeigen, dass Städte eigene Instrumente entwickeln können, um die gesellschaftliche und praktische Teilhabe ihrer Bewohner*innen zu stärken.

Was ist die langfristige Vision?

Berlin soll eine **solidarische Stadt** sein, in der die tatsächliche Zugehörigkeit zum städtischen Leben nicht allein vom Aufenthaltsstatus abhängt. Das Konzept wird als **Urban Citizenship** bezeichnet: Wer in Berlin lebt, soll Zugang zu grundlegenden städtischen Angeboten, Rechten und gesellschaftlicher Teilhabe haben.